

schaftliche und kulturelle Betätigung der Frauen auswirken, entschlossen zu überwinden.

Die Mitglieder des Frauenausschusses erinnerten sich an die Beratung der Frauenausschüsse aus der Industrie Anfang Januar in Buna (s. „Neuer Weg“, Heft 3/1956), in der wiederholt betont wurde, daß wir uns alle, d. h. insbesondere die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, ernsthaft Gedanken machen müssen, wie die arbeitende Frau in bezug auf die Hausarbeit entlastet werden kann. Den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wurde das sogar zur Pflicht gemacht. Die Lösung dieser Aufgabe wird für die Frauen Voraussetzungen schaffen, die es ihnen erlauben, sich mehr ihren Familien zu widmen, sich stärker als bisher um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern. Die Frauen, die mehr Zeit für sich haben, können ihre Nerven entspannen und mal ein gutes Buch zur Hand nehmen. Es wird auch für sie möglich sein, sich mehr gesellschaftlich zu betätigen und überdies mit Produktionsfragen zu beschäftigen, für die sie vorher wenig Zeit hatten.

In Buna wurde gefordert, unverzüglich, zuerst einmal in den größeren Betrieben, mit verbesserten Einkaufsmöglichkeiten zu beginnen, für die Frauen den Minuteneinkauf einzurichten, so daß sie die Gelegenheit haben, in der Betriebsverkaufsstelle frühmorgens ihren Warenbestellzettel abzugeben und die Ware nach Arbeitsschluß sofort in Empfang zu nehmen und schließlich auch Selbstbedienungsläden zu eröffnen. Daran sollten endlich unsere Betriebsparteiorganisationen und der staatliche und der genossenschaftliche Handel denken und zweckentsprechende Maßnahmen einleiten.

Dem Frauenausschuß des Werkes für Fernmeldewesen waren die Anregungen in Buna direkt aus dem Herzen gesprochen, und er wandte sich frischen Mutes an die Kommission der Betriebsgewerkschaftsleitung, die mit dem Handel zu tun hat. Jedoch resignierten einige Arbeiterkontrolleure in bezug auf den Handel. Sie meinten, es müsse etwas von „höherer Stelle“ aus geschehen. Die Frauen waren anderer Meinung. „Weshalb erst lange warten“, sagten sie, „wir sind auch die ‚höhere Stelle‘. Wir werden mithelfen, gemeinsam geht's leichter!“

Es trafen sich dann am 12. Juli 1956 der zentrale Frauenausschuß des Werkes für Fernmeldewesen mit Vertretern der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Kommission für Arbeiterkontrolle im Kulturhaus ihres Betriebes. Sie hatten Vertreterinnen der Frauenausschüsse der volkseigenen Betriebe Kabelwerk Oberspree, Progress und des Akkumulatorenwerkes Oberspree, die für sich auch Erleichterungen für den Einkauf schaffen wollen, eingeladen, um gemeinsam mit den Vertretern des staatlichen Handels Berlin-Köpenick zu beraten. Die Wünsche der Frauen waren nicht unbescheiden. Sie wünschten vorerst eine Veränderung der Verkaufszeiten, entsprechend den Schichten, ferner ausreichende Obst- und Gemüselieferungen und nicht — wie es vor drei, vier Wochen passiert war — eine dürftige Lieferung von 50 Kilo Tomaten für ein Werk mit etwa 5500 Beschäftigten; außerdem nicht nur einen, sondern — wie früher — drei oder vier Frühstückswagen für die einzelnen Abteilungen des Betriebes mit einem guten Warensortiment.

Doch wie reagierten die drei Vertreter des staatlichen Handels, von denen zwei Genossen waren? Sie drückten sich um die Antwort auf diese Fragen herum, beantworteten die Sorgen der Frauen mit ihren eigenen „Schwierigkeiten“, zeigten nur wenig Verständnis für die Vorschläge der Frauen, anstatt ihnen selbst gut durchdachte Vorschläge zu unterbreiten. Schließlich wurde der Vorschlag der Betriebsgewerkschaftsleitung über die Veränderung der bis-